

Profit- oder Bedarfswirtschaft

Von Nikolaus Osterroth, M. d. R.

In der deutschen Wirtschaft spielen sich gegenwärtig furchtbare Krisen ab. Die Kohlen- und Rohstoffkrise wird verschärft durch die Transportkrise. Eine nicht minder empfindliche Sache ist die Preiskrise, die alle Wertmaßstäbe revolutioniert.

Wir erlebten am 1. Oktober die vierte Stahlpreiserhöhung seit der Revolution. Der Preis für die Tonne Stahl wurde um 250 Mark erhöht und hat mit 1000 Mark pro Tonne den amerikanischen Stahlpreis überholt. Bei einer Stahl- und Eisenerzeugung von etwa 9 Millionen Tonnen im Jahre bedeutet diese letzte Stahlpreiserhöhung eine Mehrbelastung unserer Wirtschaft um 2 Milliarden Mark jährlich. Im Frieden betrug der deutsche Stahlpreis nur 70 Mark pro Tonne.

Die Kohlenpreise stehen auf 85 Mark ab Werk pro Tonne gegen etwa 15 Mark im Frieden. Zement kostete im Frieden pro Tonne 30 Mark, heute 300 Mark. Und diese Preise bewegen sich weiter in aufsteigender Kurve. Herr Gothein stellte jüngst im »Berliner Tageblatt« sogar den Satz auf, daß wir uns in unserer Preisbildung den Weltmarktpreisen anpassen müssen. Das heißt, je mehr unsere Valuta sinkt, desto höher müssen wir die Rohstoffpreise treiben. Als ob unsere Rohstoffindustrie nicht in erster Linie der Befriedigung unseres Innenmarktes und dem wirtschaftlichen Aufbau dienen müßte. Wenn wir aber die Rohstoffpreise dem Weltmarktpreis, richtiger dem Sturz unserer Valuta anpassen wollen, müssen wir dann nicht auch die Preise für unsere Agrarproduktion und die Löhne vervielfachen?

Wohin wir mit dieser Preistreiberei kommen, merken wir sofort, wenn wir uns erinnern, daß wir unser Eisenbahnmaterial zum größten Teil erneuern, zum Teil renovieren müssen; daß wir eine Handelsflotte aufbauen und allein für die Entente jährlich 200 000 Tonnen Handels tonnage bauen müssen. Allein die letzte Stahlpreiserhöhung steigert die budgetmäßigen Staatsausgaben um jährlich eine halbe Milliarde Mark.

Die letzte Stahlpreiserhöhung findet nun aber in der Erhöhung der Selbstkosten gar keine Rechtfertigung. Sie dient lediglich dazu, dem Stahlwerksverband die Verluste zu ersetzen, die dessen Mitglieder durch gewagte Valutaspekulation während des Krieges erlitten haben. Die Herrschaften ließen sich nämlich die Kaufpreise für die eingeführten schwedischen Qualitätszerze stunden bis drei Jahre nach Friedensschluß; die hohen Verkaufspreise für die sehr bedeutende Ausfuhr während des Krieges steckten sie dagegen sofort ein, wodurch sie märchenhafte Gewinne erzielten. Der zweite Teil der Spekulation, die Hoffnung auf den durch einen Schwerfriede hochgetriebenen Valutastand, verunglückte schmählich, und die dadurch entstandenen Verluste soll nun das deutsche Volk durch fabelhafte Stahl- und Rohstoffpreise decken.

Unsere ganze Wirtschaft wird erschüttert durch diese Preispolitik, die leider auch nicht unterbunden werden konnte durch die Preiskontrolle des Reiches, weil diesem und seinen Organen die Nachprüfung der Selbstkosten heute ganz unmöglich ist. Die Stahlwerksverbändler sind die besseren Rechenkünstler, und sie haben immer noch die Macht, ihren Willen auf die eine oder andere Art durchzusetzen. Wie wenig die sprunghafte Preispolitik in

den wirklichen Lebensbedürfnissen der Stahlwerksindustrie selbst ihre Wurzel hat, zeigt der Stand der Börsennotierungen. Die 15 größten Hochofen- und Stahlwerke Deutschlands notierten im Durchschnitt am Schlusse der Geschäftsjahre nach Industrius im »Sozialist«:

1910	173 Prozent	1916	210 Prozent
1911	180 -	1917	261 -
1912	170 -	1918	162 -
1913	154 -	Juli 1919	180 -
Mitte 1914	140 -	Septbr. 1919	207 -
1915 Börse geschlossen			

Also schon vor der letzten Preissteigerung standen die Papiere der 15 größten Stahlwerke und Hochofenanlagen um 45 Prozent höher als am Schlusse des Jahres 1918, das doch ein recht flottcs Kriegsgewinnerjahr war. Besonders zu beachten ist aber, daß die Preise im September 1919 immer noch um 44 Prozent höher standen als im Durchschnitt der fünf letzten Friedensjahre. Die heute um 50 Prozent niedrigere Erzeugung wirkt daher eine bedeutend höhere Verzinsung der Anlagekapitalien ab als die volle Friedenscrzeugung.

Trotz dieser finanziellen Ergebnisse und trotz der enormen Preiserhöhung vom 1. Oktober ab fordert der Deutsche Stahlbund schon wieder Preiserhöhungen. Nach Mitteilung der »Deutschen Bergwerkszeitung« vom 8. November 1919 verlangt man vom Reichswirtschaftsminister ab 1. Dezember eine Preiserhöhung für Stabeisen von 450 bis 500 Mark pro Tonne. Die Stahlmonopolisten gehen aufs Ganze. Sie werden angelockt durch die fabelhaften Ausführpreise, die nach dem gleichen Blatt heute folgende Sätze erreichen: Nach Holland 200 Gulden, nach Dänemark 400 Kronen, nach Schweden 350 Kronen, nach Norwegen 375 Kronen und nach der Schweiz 400 Franken pro Tonne. Das sind Preise, die bei dem heutigen Stande der Valuta das Doppelte bis Dreifache des deutschen Inlandspreises ausmachen. Leider kann man nicht die ganze deutsche Stahl- und Eisenerzeugung auf den neutralen Markt werfen, um den Appetit der Stahlverbändler zu befriedigen. Sie wollen sich dafür schadloß halten und fordern deshalb die Erhöhung auch der Inlandspreise um rund 50 Prozent. Um Gründe für die neuen Preisforderungen werden die Herren sicher nicht verlegen sein.

Ganz ähnliche Zustände haben sich auf einem verwandten Rohstoffgebiet, in der Zementindustrie, entwickelt, die für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft fast ebenso wichtig ist. Trotzdem die Zementproduktion bis auf etwa 20 Prozent der Friedenscrzeugung zurückgegangen ist, werden riesige Dividenden herausgeschunden. Obgleich sich die Löhne seit Kriegsausbruch nur vervierfachen, die Kohlenpreise versünffachen, ist der Zementpreis um das Zehnfache gestiegen. Das finanzielle Ergebnis ist für die Zementyndikalisten glänzend. Industrius berechnet im »Sozialist« die Durchschnittsdividende von 20 an der Berliner Börse zugelassenen Zementpapieren für die letzten 10 Jahre wie folgt:

1909	7,2 vom Hundert	1914	4,5 vom Hundert
1910	4,8 -	1915	2,1 -
1911	5,7 -	1916	2,7 -
1912	9,0 -	1917	8,4 -
1913	8,8 -	1918	10,3 -

Bei einer Produktionsmenge von etwa einem Fünftel der Friedens-erzeugung bringt das Jahr 1918 also die höchste Dividende der letzten 10 Jahre. Das ist der Segen der kapitalistischen Monopolwirtschaft. Das Volk zahlt die Seche.

Was wir in der Schwerindustrie sehen, ist eine Profitwirtschaft in Reinkultur, die eine Verewigung der Kriegsgewinne anstrebt unter Außerachtlaffung der wichtigsten Lebensinteressen des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft. Was wir aber nötig haben, nötiger als je, ist das Gegenteil einer Profitwirtschaft: wir brauchen die Bedarfswirtschaft. Wir brauchen vor allem einen Einblick in die Selbstkosten, die heute mit allen Mitteln verschleiert werden. Weder die Wissell-Möllendorfsche Planwirtschaft, noch Sozialisierungsformen, wie wir sie in der gesetzlich geregelten Kohlenwirtschaft sehen, noch die Einsicht der Betriebsräte in die Bilanzen und in die Gewinn- und Verlustrechnungen reichen in dieser Hinsicht aus. Wir müssen eines oder mehrere der großen gemischten Werke in den Besitz des Reiches überführen, wenn wir die Selbstkosten der Stahl- und Eisenindustrie und der Bergwerke genau kontrollieren wollen. In einem solchen sozialisierten Großbetrieb, der die wesentlichsten Zweige der Stahlproduktion umfaßt, können Reich und Gliedstaaten zunächst ihren Rohstoff- und Halbzeugbedarf selbst decken, ohne der Schwerindustrie tributpflichtig zu sein, und zweitens schafft das Reich sich dadurch einen wirksamen Kontrollapparat zur Feststellung und Nachprüfung der industriellen Selbstkosten.

Es ist früher schon mehrfach in dieser Zeitschrift darauf hingewiesen worden, daß wir nicht alles mit einem Schläge und wahllos sozialisieren können. Zweifellos gibt es aber mehrere große gemischte Werke mit günstigen Produktions-, Rentabilitäts- und Verkehrsbedingungen, die zur Sozialisierung reif sind mitsamt ihren Rohstoffquellen. Sicherlich wird es an Kritikern und Interessenten nicht fehlen, die auf die schlechten Ergebnisse der heutigen Staatsbetriebe hinweisen und gegen dergleichen Formen der Sozialisierung ihre warnenden Stimmen erheben. Mit Recht. Die finanziellen, technischen und sozialpolitischen Ergebnisse unserer Staatsbetriebe schrecken ab. Aber warum? Erstens: Die technischen und kaufmännischen Beamten der Staatsbetriebe sind unkündbar und am Ergebnis der Betriebe wenig interessiert, wenngleich manche von ihnen jene so vielgerühmten alt-preussischen Beamtentugenden mitbringen, die in die Polizeistube passen mögen, aber nicht in den industriellen Staatsbetrieb. Diese Beamten werden auch sehr schlecht bezahlt. Direktorengehälter von 3000 Mark waren im fiskalischen Bergbau noch zu einer Zeit üblich, in der die Privatindustrie das Zehn- und Zwanzigfache zahlte. Die tüchtigsten Leute sagten daher dem Staatsdienst ade und gingen zu Skinnen und Genossen, die einen tüchtigen technischen Beamten ganz anders zu bewerten wußten. Der Beamte im Staatsdienst rückte ferner auf nach den Grundsätzen der Anciennität, ohne daß eine Auswahl nach der Qualifikation vorgenommen wurde. Der Staatsbetrieb wurde ein geistiges Krüppelheim, in dem nur Bureaukraten mit ellenlangen Zöpfen gediehen, Leute, denen oft jedes technische und kaufmännische Anpassungsvermögen abging.

Zweitens: Der Staatsbetrieb zeigte insofern eine Schwerefälligkeit in der technischen Anpassung der Werke an den Fortschritt der Zeit, als er fast immer um ein halbes Jahrzehnt hinter der Ausgestaltung der Privatbetriebe

zurückblieb. Zwei Hemmungserrscheinungen sind da hervorstechend: die Bürokratisierung der Verwaltung und die Etablierung des ganzen Betriebs. Wie kann ein preussischer Durchschnittsbürokrat eine Frische der Entschliessungen aufreiben, wenn er durch solch ehrwürdige, durch Tradition geheiligte Lattenzäune eingeengt wird?

Es fragt sich nun, ob man große Unternehmungen in den Besitz des Reiches überführen kann, ohne die vorstehend geschilderten Nachteile des alten Staatsbetriebs mit in Kauf nehmen zu müssen. Ich bejahe diese Frage. Wir müssen nur neue Formen für den Staatsbetrieb finden. Der Staatsbetrieb ist heute fiskalischer, nicht aber sozialistischer Natur. Wenn wir privatrechtlich geleitete Unternehmungen sozialisieren wollen, können wir ohne große Erschütterungen die im Privatbetrieb herausgebildeten Betriebsformen gar nicht ohne weiteres unterbrechen. Wir haben nichts Besseres an deren Stelle zu setzen. Bisher hat die Privatwirtschaft immer noch dem Staatsbetrieb gegenüber die größere Initiative erwiesen. In der modernen Aktiengesellschaft, die ja in unserer Großindustrie die typische Erscheinungsform ist, stecken die Banken und Aktionäre ihr Kapital in den Betrieb. Ihr unmittelbarer Einfluß auf die technische Betriebsleitung ist gering. Sogar der Aufsichtsrat ist in dieser Hinsicht sehr beschränkt. Der technische Betriebsleiter, der oft mit Kapital gar nicht befaßt ist, ist in seiner Initiative fast völlig unbeschränkt. Er handelt auf eigene Verantwortung. Sein Wille ist im wesentlichen entscheidend, solange er gute Dividenden und zufriedenstellende Betriebsergebnisse herausbringt. Seine technische und kaufmännische Initiative wirkt sich unmittelbar aus. Und das kapitalistische Unternehmen fährt dabei sehr gut. Ein Gegensatz den Aktionären gegenüber tut sich nur auf, wenn deren Profitinteresse nicht auf seine Rechnung kommt. Er selbst ist durch ein hohes Gehalt, meist auch durch Lantien an dem Gedeihen des Unternehmens aufs engste interessiert.

Enteignen wir nun ein großes privatrechtliches Unternehmen für das Reich, ohne demselben seinen Charakter als Aktiengesellschaft zu nehmen, ohne den technischen Leiter und seine Mitarbeiter in ihrer Dispositionsfähigkeit, ihren Bezügen und ihrer sozialen Stellung zu beschneiden, so ist nicht einzusehen, warum sie an dem Betriebsergebnis weniger interessiert sein sollen. Wir haben dann den Staatsbetrieb ohne dessen bisherige lähmende Fesseln, ohne Bürokratisierung und ohne Etablierung. Das Reich ist Inhaber aller Aktien: die interessierten Ressortminister wie die Angestellten und Arbeiter des Betriebs bilden in einem genau durch Statut festzusetzenden Verhältnis den Aufsichtsrat, und der Reichstag prüft nach Abschluß des Geschäftsjahres die Jahresrechnungen, die in allen Einzelheiten offenliegen, einschließlich der Gehälter, Löhne, Material- und Selbstkosten. Das Parlament bleibt von etablierten Voranschlägen völlig verschont und prüft, statt Zukunftsmusik zu machen, die positiven Betriebsergebnisse der Vergangenheit. Damit sind alle Vorzüge der privatrechtlichen Aktiengesellschaft gewahrt, und der Betrieb dient in gleicher Leistungsfähigkeit und Beweglichkeit dem Bedürfnis des Reiches. Der Schritt zur Bedarfswirtschaft wäre gemacht ohne halbbrüderliche Experimente. Die technische und kaufmännische Leitung des Unternehmens trägt die volle Verantwortung wie im privatrechtlichen Betrieb. An ihrer Stellung ändert sich nichts; nur sind sie dem Reich und

seinen Organen verantwortlich, statt wie bisher den Bankdirektoren und Kapitalbesitzern.

Würde das Reich derart eines oder mehrere der großen gemischten Werke mit ihren Zechen herausgreifen und gegen »angemessene Entschädigung« enteignen, so hat es 10 bis 15 Prozent der Stahl-, Eisen-, Halbzeugfabrikation, Kohle und Zement in der Hand, die zum Aufbau und zur Erneuerung der Reichsbetriebe nötig sind. Das Reich würde von den privatkapitalistischen Monopolisten als größter Konsument unabhängig und hat zugleich ein sehr zuverlässiges Barometer in der Hand zur Prüfung der Selbstkosten der betreffenden Privatindustrie.

Die Betriebsleitung eines solchermaßen sozialisierten Reichsbetriebs hätte sich zu gliedern in die technische, kaufmännische und sozialpolitische. Letztere könnte man in die Hand der Angestellten und Arbeiter legen, was ihr Verantwortungsgefühl und ihr Interesse an den Betriebsergebnissen erheblich steigern würde. Man wird vielleicht einwenden, daß dann bei dem Einfluß der Arbeiter die Forderungen derselben bezüglich der Lohnhöhe und der sozialen Zuwendungen erheblich steigen würden. Die Öffentlichkeit der ganzen Wirtschaftsführung, der Löhne, Gehälter, Leistungen würde jedoch bald eine gesunde Gegenwirkung ausüben. Jedenfalls aber würde sich in der Arbeiterschaft das Gefühl herausentwickeln, daß sie nicht dem Profitinteresse einiger Monopolisten, sondern dem Gemeinwohl des ganzen Volkes dienen. Die schlimmste Eigenheit der privatkapitalistischen Wirtschaft ist doch, daß sie den Arbeiter als Erzeuger und als Konsumenten den Monopolisten dienstbar macht. Selbst bei einer beträchtlich weitergehenden Erfüllung der sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter im Reichsbetrieb würde wahrscheinlich das finanzielle Ergebnis für das Reich und die Wirtschaft noch recht ansehnlich sein.

Dem Privatmonopol fehlt das Bedürfnis der Produktionssteigerung und oft auch der Ruhbarmachung des technischen Fortschritts. Die in engen Grenzen gehaltene Kontingentierung der Warenerzeugung sichert ja dem industriellen Privatmonopol das Preismonopol, das das Ziel der Syndikatsbildung ist. Der Krieg hat uns auf diesem Gebiet einen lehrreichen Anschauungsunterricht erteilt: Amerika steigerte im Kriege seine Stahlerzeugung von 30 auf 45 Millionen Tonnen. Selbst England, das viel ärmer ist an Erzen, steigerte seine Stahlerzeugung ganz erheblich. Das vom Stahlwerksverband beherrschte erzeiche Deutschland aber mußte erleben, daß seine Stahlerzeugung von 20 auf 16 Millionen Tonnen herabsank. Und dabei führten unsere Stahlwerksindustriellen noch fast 3 Millionen Tonnen aus im Interesse ihres Profits. Die Steigerung der Stahlerzeugung lag gar nicht in ihrem Interesse. Viel wichtiger war ihnen die Steigerung der Preise, die durch die Produktionsverminderung wesentlich erleichtert wurde.

Wir brauchen eine durch das Profitinteresse nicht gehemmte Steigerung der Rohstoffherzeugung. Und dieses Problem löst die sozialistische Bedarfswirtschaft viel besser als die produktionshemmende kapitalistische Monopolwirtschaft.

Wir müssen zu erträglichen Rohstoff- und Halbzeugpreisen zurück. Das Privatmonopol aber hat die Preise für Kohle, Stahl und Zement seit der Revolution um 15 Milliarden Mark hinaufgetrieben und treibt sie noch

weiter in die Höhe. Wie soll da der Wiederaufbau des Wirtschaftsgebietes, wie seine Gesundung möglich sein? Die Profitwut hat einen wesentlichen Teil zum Verlust des Krieges beigetragen. Die Saboteure der technischen Kriegsführung sabotieren jetzt auch den wirtschaftlichen Aufbau, wenn wir nicht vorbeugen durch vernünftige Sozialisierungsmaßnahmen.

Die politischen Lehrjahre des jungen Friedrich Engels in England

Von Dr. Gustav Mayer

(Schluß)

II

Furchtbare Eindrücke müssen es gewesen sein, die an dem industriellen Hauptort der damaligen Welt auf die empfängliche Seele des jungen Engels einströmten. Das starke soziale Ethos, das in den Tiefen seiner Natur von Kindheit an seine Wirkung tat, hat in der Geschichtsauffassung, die er hernach gewann, eine, wie ihm dann dünkte, so vollkommene wissenschaftliche Auslösung gefunden, daß er es danach in der Regel für entbehrlich hielt, seinen Gefühlen in der Öffentlichkeit unmittelbaren Ausdruck zu geben. Persönlich aufopfernd, uneigennützig und großen Idealen hingegeben, hätte Engels die ganze Menschheit von Gefinnungen und Trieben erfüllt gewünscht, die ein Zusammenwachsen und Zusammenwirken jedweder Bemühungen ermöglicht, ein Zurückdrängen alles Auseinanderstrebenden, ein Emporzüchten alles Verbindenden und Gemeinsamen erlaubt hätten. Doch die Welt war nicht so, und sein unbestechlicher Blick, sein ruheloser Erkenntnisdrang, seine ehrliche klare Natur wollten die Dinge nicht anders sehen, als wie sie wirklich waren, mochten auch die eigenen Wünsche von den Ergebnissen der eigenen Erkenntnis wenig erbaut sein. Aus den engen, vielfach noch patriarchalisch gemilderten Zuständen der Heimat plötzlich auf die Straßen Londons versetzt, war er erschrocken über »die brutale Gleichgültigkeit, die gefühllose Isolierung jedes einzelnen auf seine Privatinteressen«, über die »Auflösung der Menschheit in Monaden«, die er überall wahrnahm. Mochte ein Teil der sozialistischen Literatur, die er zuletzt daheim gelesen hatte, ihm ähnliches schon verkündet haben, erst hier kam nun mit voller Wucht die entscheidliche Erkenntnis über ihn, daß die »bornierte Selbstsucht« das Grundprinzip der bestehenden Gesellschaft sei. Und die Eindrücke der Weltstadt verstärkten die anderen und doch so ähnlichen, die ihm in den englischen Fabrikkstädten entgegentraten: »Überall barbarische Gleichgültigkeit, egoistische Härte auf der einen und namenloses Elend auf der anderen Seite, überall sozialer Krieg . . . überall gegenseitige Plünderung unter dem Schutze des Gesetzes.« Nirgends in der damaligen Welt war die Verdrängung der Handarbeit durch die Maschine bereits so weit gediehen, hatte die Teilung der Arbeit einen solchen Höhepunkt erreicht wie in der englischen Baumwollindustrie. Nirgends ließ sich aber auch die Not des Industrieproletariats schon in gleich vollendeter Klassizität studieren wie hier in Manchester und seinen Nachbarstädten. Mitgefühl und Erkenntnisdrang wiesen also dem durch Kindheits Erinnerungen wohlworbereiteten Jüngling die gleiche Richtung, als er nun an die Aufgabe ging, die soziale und ökonomische Lage der neuen Gesellschaftsklasse zu erforschen, an deren Erlösung sich für ihn